In die Verfassung gehören Grundsätze

Category: Blog
geschrieben von Gastautor | 2. September 2026



Lieber Alain

In einem Punkt sind wir uns einig: Die Verfassung ist kein Gästebuch. Deshalb gehören dort weder Frühfranzösisch noch Lektionentafeln, Lehrmittel, Integrationsmodelle oder deine und meine Lieblingsrezepte für eine bessere Schule hinein. Dort gehören Grundsätze hin.



Manuel C. Widmer,
Lehrer, Grossrat Grüne,

GFL, Mitglied Bildung Bern: Eine Lobby für die Kinder

Und genau das tut die Bildungsinitiative. Sie verlangt flächendeckend hohe Bildungsqualität, genügend qualifizierte Lehr- und Fachpersonen und dass deren Arbeit den Schülerinnen und Schülern zugutekommt. Wie diese Ziele erreicht werden, schreibt sie bewusst nicht vor. Der Kanton selbst hält fest, dass bei einem Ja ein «grosser Handlungsspielraum» besteht und Regierung und Grosser Rat über rechtliche Grundlagen, Massnahmen und finanzielle Mittel entscheiden.

Dein Text liefert übrigens selbst gute Argumente dafür, weshalb Handlungsbedarf besteht: Du beklagst sinkende Leistungen, Probleme bei den Grundkompetenzen, Überadministration, Fehlentwicklungen bei Reformen und Lehrkräftemangel. Genau darüber sollten wir diskutieren. Aber daraus folgt doch nicht, dass Qualitätsansprüche unverbindlich bleiben sollen.

Auch aus «notwendigen Mitteln» wird durch häufiges Wiederholen nicht «immer mehr Geld ins System pumpen». Die Initiative nennt weder einen Betrag noch eine Ausgabenquote. Niemand behauptet, dass mehr Geld automatisch bessere Bildung schafft. Es geht nicht um möglichst viel Geld. Es geht um genügend Mittel für gute Bildung. Über deren Höhe entscheidet weiterhin die Politik.

Und beim Lehrkräftemangel geht es ebenfalls nicht darum, Menschen «modellieren» zu können. Wir können aber sehr wohl beeinflussen, wie attraktiv der Beruf ist, wie viele Menschen ausgebildet werden, ob Quereinsteigende unkompliziert nachqualifiziert werden können und wie viel ihrer Arbeitszeit tatsächlich bei den Kindern ankommt. Politik kann Rahmenbedingungen gestalten – genau dafür ist sie da.

Am Ende ist die Frage erstaunlich einfach: Wenn wir uns einig sind, dass Kinder lesen, schreiben und rechnen lernen sollen, dass sie von qualifizierten Menschen unterrichtet werden sollen und dass gute Bildung für Wirtschaft, Chancengerechtigkeit und Demokratie entscheidend ist – warum sollte sich der Kanton Bern dazu nicht verbindlich bekennen?

Unsere Kinder haben nur eine Schulzeit. Die Verfassung ist kein Gästebuch. Aber die Qualität ihrer Bildung ist auch kein unverbindlicher Wunsch.

Und so steht es auch mit dem Vorwurf der «Lobbyvorlage»: Ja, wenn man so will, ist die Bildungsinitiative Lobbyarbeit. Lobby für Kinder und Jugendliche, die ihre Interessen politisch nicht selbst vertreten können. Lobby für gute Bildung und Ausbildung. Lobby für eine starke Demokratie. Und übrigens auch Lobby für unsere Wirtschaft, die auf gut ausgebildete Fachkräfte angewiesen ist.
Wenn sich Lehrpersonen, Eltern, Bildungsorganisationen und weitere Verbände gemeinsam dafür einsetzen, dass unsere Kinder eine gute Bildung erhalten, ist das für mich kein Argument gegen die Initiative. Es ist ein ziemlich gutes Argument dafür.

Am 27. September: Ja zur Bildungsinitiative.